



Verwaltungskostensatzung der Gemeinde Bischoffen

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Bischoffen hat in ihrer Sitzung am 10. Mai 2004 diese

Satzung über das Erheben von Verwaltungskosten

beschlossen, die auf folgende Rechtsgrundlagen gestützt wird:

§§ 5, 51 und 93 Abs.1 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 01.04.1993 (GVBl. 1992 I S. 534), zuletzt geändert Gesetz vom 20.06.2002 (GVBl. I S. 342, 353), §§ 1 bis 5a, 9 des Hessischen Gesetzes über kommunale Abgaben (KAG) vom 17.03.1970 (GVBl. I S. 225), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31.10.2001 (GVBl. I S. 434), in Verbindung mit § 2 Abs.1 Satz 2, §§ 4 bis 7 und 9 bis 13 des Hessischen Verwaltungskostengesetzes in der Neufassung vom 12.01.2004 (GVBl. I S. 36).

§ 1

Kostenpflichtige Amtshandlungen

- (1) Die Gemeinde erhebt aufgrund dieser Satzung für einzelne Amtshandlungen oder sonstige Verwaltungstätigkeiten in Selbstverwaltungsangelegenheiten, die sie auf Veranlassung oder überwiegend im Interesse einzelner vornimmt, Verwaltungskosten (Gebühren und Auslagen). Kostenpflicht besteht auch, wenn ein auf Vornahme einer Amtshandlung oder sonstigen Verwaltungstätigkeit gerichteter Antrag oder ein Widerspruch zurückgenommen, abgelehnt oder zurückgewiesen, oder die Amtshandlung zurückgenommen oder widerrufen wird.
- (2) Verwaltungskosten, die aufgrund von Gesetzen und anderer, auch gemeindlicher, Rechtsvorschriften erhoben werden, bleiben von dieser Satzung unberührt.
- (3) Für Amtshandlungen in Weisungsangelegenheiten gelten die Vorschriften des Hessischen Verwaltungskostengesetzes.

§ 2 Anwendung des Verwaltungskostengesetzes

Auf die nach dieser Satzung zu erhebenden Verwaltungskosten sind die folgenden Bestimmungen des Hessischen Verwaltungskostengesetzes in der jeweiligen Fassung entsprechend anzuwenden:

§ 2 Abs. 1 Satz 2 mit der Maßgabe, dass unter einer Verwaltungskostenordnung im Sinne dieser Vorschrift auch diese Satzung zu verstehen ist, § 4, soweit in dieser Satzung nichts anderes bestimmt ist, mit der Maßgabe, dass unter einer Verwaltungskostenordnung im Sinne dieser Vorschrift auch diese Satzung zu verstehen ist, § 5 (Gebührenarten), § 6 (Wertgebühren, Rahmengebühren, Pauschgebühren), § 7 (Sachliche Kostenfreiheit) und § 9 (Auslagen).

§ 3 Kostenschuldner

- (1) Zur Zahlung der Kosten ist verpflichtet,
 1. wer die Amtshandlung oder sonstige Verwaltungstätigkeit der Gemeinde veranlasst oder zu wessen Gunsten sie vorgenommen wird,
 2. wer die Kosten durch eine vor der zuständigen Gemeindebehörde abgegebene oder ihr mitgeteilten Erklärung übernommen hat,
 3. wer für die Kostenschuld eines anderen kraft Gesetzes haftet.
- (2) Mehrere Kostenschuldner haften als Gesamtschuldner.

§ 4 Kostengläubiger

Kostengläubigerin ist die Gemeinde.

§ 5 Entstehen der Kostenschuld

- (1) Die Kostenschuld entsteht, soweit ein Antrag notwendig ist, mit dessen Eingang bei der Gemeinde, im Übrigen mit der Beendigung der gebührenpflichtigen Amtshandlung.
- (2) Die Verpflichtung zur Erstattung von Auslagen entsteht mit der Aufwendung des zu erstattenden Betrages.

§ 6 Fälligkeit, Kostenentscheidung, Vorschusszahlung

- (1) Die Kosten werden mit der Bekanntgabe der Kostenentscheidung, die auch mündlich ergehen kann, fällig, wenn die Gemeinde keinen späteren Zeitpunkt bestimmt.
- (2) Die Kosten werden von Amts wegen festgesetzt. Die Kostenentscheidung kann zusammen mit der Sachentscheidung ergehen. Wird sie mündlich erlassen, ist sie auf Antrag schriftlich zu bestätigen. Soweit sie schriftlich ergeht oder schriftlich bestätigt wird, ist auch die Rechtsgrundlage für die Erhebung der Kosten sowie deren Berechnung anzugeben.
- (3) Eine Amtshandlung oder sonstige Verwaltungstätigkeit, die auf Antrag vorzunehmen ist, kann von der Zahlung eines angemessenen Vorschusses oder von einer angemessenen Sicherheitsleistung bis zur Höhe der voraussichtlich entstehenden Kosten abhängig gemacht werden.

§ 7 Billigkeitsregelung

Die Gemeinde kann die Gebühr ermäßigen oder von der Erhebung absehen, wenn dies mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Gebührenpflichtigen oder sonst aus Billigkeitsgründen geboten erscheint.

§ 8 Gebührentatbestände

- (1) Für folgende Amtshandlungen oder Verwaltungstätigkeiten werden folgende Gebühren erhoben:

Nr.	Gegenstand	EUR
Auskünfte, Akteneinsicht		
1	Schriftliche Auskünfte	30 bis 600
1.1	einfache schriftliche Auskünfte sind kostenfrei, soweit sie nicht aus Registern und Dateien erteilt werden	
1.2	Gewährung von Einsicht in amtliche Akten, Karteien, Bücher, Datenträger usw. für Personen, die nicht am Verfahren beteiligt sind,	10 bis 600

1.2a	wie Nr. 1.2., wenn ein Bediensteter die Einsichtnahme dauernd beaufsichtigen muss	nach Zeitaufwand siehe Abs.2
1.2b	Zuschlag zu Nr. 1.2 für das Versenden von Akten, auch von Bußgeldakten außerhalb eines Bußgeldverfahrens, je Sendung Die Auslagen sind mit der Gebühr abgegolten.	12
1.2c	Zuschlag zu Nr. 1.2 bei weggelegten Akten, Karteien, Büchern, je Akte, Kartei, Buch usw.	3
1.3	Gewährung von Einsicht in amtliche Akten, Karteien, Bücher, Datenträger usw. für Personen, die am Verfahren beteiligt sind, durch Versenden, je Sendung. Die Auslagen sind mit der Gebühr abgegolten.	12
§ 1 Abs. 1 Satz 2 ist auf die Gebührennummern 1.1 bis 1.3 nicht anzuwenden.		

Bescheinigungen, Zeugnisse

2	je Bescheinigung, Zeugnis oder Bestätigung	10
---	--	----

Beglaubigungen

3.1	Beglaubigung von Unterschriften, je Unterschrift	6
3.2	Beglaubigung von Abschriften, Fotokopien usw., die die Behörde selbst hergestellt hat, je Urkunde	3,00
3.3	Beglaubigung von Abschriften, Fotokopien usw., in anderen Fällen, bei Urkunden, die aus 1 bis 10 Seiten bestehen für jede weitere Seite zusätzlich	6 0,60

Schreibauslagen, Kopien, Planpausen, Plotzeichnungen, Fahrtkosten

4.1	Maschinengeschriebene Ausfertigungen oder Abschriften, - die vom Kostenschuldner besonders beantragt oder - die aus vom Kostenschuldner zu vertretenden Gründen notwendig wurden	
4.1a	bei fortlaufendem Text in deutscher Sprache je Seite DIN A4	8
4.1b	in fremder Sprache oder in Tabellenform	nach Zeitaufwand siehe Abs. 2

4.2	Anfertigung von Fotokopien - die vom Kostenschuldner besonders beantragt oder - die aus vom Kostenschuldner zu vertretenden Gründen notwendig wurden Je Seite DIN A4 Je Seite DIN A3	0,50 1,00
4.3	Herstellung von Planpausen DIN A 0 DIN A 1 kleiner als DIN A 1 sonstige, je m ²	10 7,50 5 6
4.4	Benutzung eines Personenkraftwagens, je km	0,40

Ordnungsverwaltung

5.1	Ausgabe eines Meldevordrucks für An-, Ab- und Ummeldung	1
5.2	Ausgabe von Gewerbean-, um- und -abmeldeformularen	2,50

Steuern und Abgaben

6.1	Ersatz einer Hundesteuermarke	3
6.2	Unbedenklichkeitsbescheinigungen über gezahlte gemeindliche Steuern und Abgaben	10

Bauverwaltung

7.1	Schriftliche Auskunft über Lage und Höhe von Entwässerungs- und sonstigen Erschließungseinrichtungen a) aufgrund vorhandener Bestandspläne (einschl. Planausschnitt DIN A4) b) soweit eine zusätzliche Bearbeitung erforderlich ist	10 nach Zeitaufwand siehe Abs. 2
7.2.	Bescheinigung über das Baujahr von Gebäuden	10
7.3.	Bescheinigung über Erschließungszustand und Erschließungskosten/Anliegerleistungen	25
7.4.	Bescheinigung über die Hausnummer eines Grundstücks	10
7.5	Erteilung eines Zeugnisses über das Nichtbestehen oder die Nichtausübung eines Vorkaufsrechtes gemäß BauGB a) bei Vorlage eines Vertrages Bis 25.000,-- EUR Grundstückswert	20

	Bis 50.000,-- EUR Grundstückswert	25
	Bis 125.000,-- EUR Grundstückswert	35
	Bis 250.000,-- EUR Grundstückswert	50
	Über 250.000,-- EUR Grundstückswert	75
	b) ohne Vertragsvorlage	75
	c) Bescheinigung über das Nichtbestehen oder die Nichtausübung eines Vorkaufsrechts für Bausparkassen	20
7.6	Beglaubigung eines Planausschnittes	5
7.7	Genehmigung eines Antrages auf Anschluss eines Grundstückes	
	a) an die öffentliche Wasserversorgungsanlage	25 bis 2.500
	b) an die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage	25 bis 2.500
7.8	Abnahme einer Grundstücksanschlussleitung, falls in der Anschlussgenehmigung die Abnahme vorgeschrieben war,	
	a) an die öffentliche Wasserversorgungsanlage	25 bis 2.500
	b) an die öffentliche Abwasserbeseitigungsanlage	25 bis 2.500
7.9	Genehmigung der Einleitung von Abwasser oder Kondensaten in die öffentliche Abwasseranlage	10 bis 1.000
7.10	Überwachung der Einleitung nichthäuslichen Abwassers in die öffentliche Abwasseranlage (die Kosten der Untersuchungsstelle sind als Auslagen neben dieser Gebühr zu erheben)	10 bis 100
8.	Genehmigung der Zweckentfremdung von Wohnraum:	
	a) für eine Fläche bis 50 m ²	60
	b) für jede weitere angefangene 50 m ²	35
	c) für jede erforderliche Ortsbesichtigung für die erste Wohnung	35
	d) für Ortsbesichtigungen, die unmittelbar anschließend durchgeführt werden, je weitere Wohnung	10
	e) in besonders zeitaufwendigen Fällen, die z.B. Gemeindevorstandsbeschlüsse erfordern, erhöhen sich die Gebühren zu a) auf	90
	und zu b) auf	45
	Die Verwaltungsgebühren sind neben den Ausgleichsbeträgen zu zahlen.	

9.	Entscheidungen, Bestätigungen und Auskünfte nach dem Wohnungsbindungsgesetz (WoBindG) in der jeweiligen Fassung und dem Wohnungsbau- und Familienheimgesetz in der jeweiligen Fassung	
	<p>a) Jede Entscheidung, insbesondere über Anträge auf Freistellung oder Genehmigung, mit Ausnahme der Ausstellung von Wohnungsberechtigungsscheinen</p> <p>b) Bestätigung nach § 18 Abs. 1 WoBindG</p> <p>c) Bestätigung nach § 18 Abs. 2 WoBindG</p> <p>d) Auskunft über die vollständige Rückzahlung von Fördermitteln</p> <p>- für Zwecke des § 18 Abs. 1 WoBindG durch die Gemeinde</p> <p>- für sonstige Zwecke</p> <p>e) Ausstellung einer Wohnungsberechtigungsbescheinigung oder sonstiger entsprechender Bescheinigungen</p>	<p>10 bis 100</p> <p>20</p> <p>kostenfrei</p> <p>kostenfrei</p> <p>17,50</p> <p>kostenfrei</p>
10.	Angebotsvordrucke bei Ausschreibungen, je Seite	1
11.	Amtshandlungen aufgrund des Umweltinformationsgesetzes. Gebühren und Auslagen werden nach Ziffern 1-4 erhoben	
12.	<p>Zustimmung zur Verlegung neuer und Änderung bereits vorhandener Telekommunikationslinien gem. § 50 Abs. 3 Telekommunikationsgesetz</p> <p>a) im endausgebauten Straßenbereich</p> <p>je lfd. Meter zu verlegendes Kabel</p> <p>mindestens pro Antrag</p> <p>und höchstens pro Antrag</p> <p>b) im noch nicht endausgebauten Straßenbereich und in allen übrigen gemeindeeigenen Flächen</p> <p>je lfd. Meter zu verlegendes Kabel</p> <p>mindestens pro Antrag</p> <p>und höchstens pro Antrag</p>	<p>1</p> <p>50</p> <p>2.500</p> <p>0,50</p> <p>25</p> <p>1.250</p>
13.	Erteilung eines Zeugnisses über die Genehmigungsfreiheit der Teilung eines Grundstückes bzw. über den Eintritt der Genehmigungsfiktion i.S.d. § 20 Abs. 2 Satz 1 BauGB, für jedes zu teilende Grundstück	40
14.	Genehmigung der Teilung eines Grundstückes gem. § 19 Abs. 3 BauGB für jedes zu teilende Grundstück zuzüglich für jedes abgeteilte Grundstück	<p>40</p> <p>15</p>

15.	Versagung einer beantragten Grundstücksteilung gem. § 20 Abs. 1 BauGB, für jedes Grundstück, dessen Teilung beantragt ist	25
16.	Für die von einer Bauherrschaft beantragte oder gewünschte Mitteilung nach § 56 Abs. 3 Satz 4 HBO oder nach Anlage 2 zu § 55 HBO, Abschnitt V 1 Satz 3	40
17.	Für die Abgabe von Formularen zuzüglich der Auslagen für die Vordrucke	1
18.	Durchführung eines Widerspruchsverfahrens in Angelegenheiten, die die Ablehnung oder Forderung einer Geldleistung zum Gegenstand haben, 5 v.H. des erfolglos angefochtenen Betrages, mindestens höchstens	25 2.500
19.	Wie Nr. 18, wenn der Widerspruch vor Erlass eines Widerspruchsbescheides zurückgenommen worden ist, 2,5 v.H. des erfolglos angefochtenen Betrages, mindestens höchstens	12,50 1.250
20.	Wie Nr. 18, wenn der Widerspruch allein gegen eine Kostenentscheidung gerichtet war, bis zu 20 v.H. des Betrages, dessen Festsetzung mit dem Widerspruch erfolglos angefochten worden ist, mindestens höchstens	12,50 1.250

Friedhofsverwaltung

21.1	Bescheinigung gem. § 3 Abs. 2 Ziffer 3, des Feuerbestattungsgesetzes Unbedenklichkeitsbescheinigung	10,00
21.2	Erteilung einer Erlaubnis zur Bestattung nach § 3 Abs. 3 der Friedhofsordnung der Gemeinde Bischoffen	10,00
21.3	Erteilung einer Bescheinigung zur Beisetzung einer Aschurne	10,00
21.4	Gebühr für die Ausstellung einer Genehmigung zur Ausführung gewerblicher Arbeiten auf den Friedhöfen der Gemeinde Bischoffen für Gartenbau- und Steinmetzbetriebe je Betrieb/Jahr	50,00
21.5	Gebühr für die Genehmigung zur Errichtung von Grabmälern und Gedenkplatten für Reihen- und Urnengräber	12,50
21.6	Gebühr für die Genehmigung von Einfriedungen (Grabeinfassungen) für Reihen- und Urnengräber	12,50
21.7	Erteilung der Erlaubnis zum Umbetten einer Leiche (§ 10 Abs. 2 des Gesetzes über das Friedhofs- und Bestattungswesen)	25,00

21.8	Erteilung der Erlaubnis zur Überführung einer Leiche nach einem anderen Ort (§ 10 Abs. 2 des Gesetzes über Friedhofs- und Bestattungswesen)	25,00
21.9	Erteilung der Erlaubnis zur Feuerbestattung (§ 3 des Gesetzes über die Feuerbestattung)	25,00
21.10	Erteilung der Erlaubnis zur Beisetzung der Aschenreste einer Leiche außerhalb einer Urnenhalle, eines Urnenhains, einer Urnengrabstelle oder eines Grabes (§ 9 Abs. 3 des Gesetzes über die Feuerbestattung)	250,00

- (2) Gebühren nach Zeitaufwand werden erhoben, soweit dies in dieser Satzung bestimmt ist oder wenn Wartezeiten über ¼ Stunde hinaus entstanden sind, die der Kostenschuldner zu vertreten hat. Zu berücksichtigen ist der Zeitaufwand aller Beschäftigten, die an der Amtshandlung oder Verwaltungstätigkeit direkt oder indirekt beteiligt waren; die Tätigkeit von Hilfskräften (z. B. Fahrer, Schreibkräfte) wird nicht gesondert berechnet. Anzusetzen sind auch der Zeitaufwand für die Vorbereitung und die Nachbereitung der eigentlichen Amtshandlung sowie etwaige Wegezeiten.

Die Gebühr nach Zeitaufwand beträgt:

für Beamte des höheren Dienstes und vergleichbare Angestellte
je Viertelstunde 18,00 EUR

für Beamte des gehobenen Dienstes und vergleichbare Angestellte
je Viertelstunde 15,00 EUR

für alle übrigen Beschäftigten
je Viertelstunde 12,25 EUR

bei deren Einsatz zu den üblichen Dienstzeiten.

Für Tätigkeiten außerhalb der üblichen Dienstzeiten wird ein Zuschlag von 25 % auf diese Gebührensätze, mindestens jedoch 15,00 EUR erhoben.

§ 9 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die bisherige Verwaltungsgebührensatzung der Gemeinde Bischoffen vom 11.10.1993 mit dem Gebührenverzeichnis (Gültig ab 01.01.2002) außer Kraft.

Bischoffen, den 11.05.2004

Der Gemeindevorstand
der Gemeinde Bischoffen

(Semler)
Bürgermeister

Hinweis:

Satzung (Urfassung)	vom	<u>10.05.2004</u>
	veröffentlicht am	<u>21.05.2004</u>
	in Kraft getreten am	<u>22.05.2004</u>

Ggf. vorstehende Änderungen wurden vollständig in die Satzung eingearbeitet.

Bischoffen, den 01.06.2011



Venohr
-Bürgermeister-